

Sicher sein, dass man der Aufgabe gewachsen ist
Die Liste des Tierelends wird länger
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Wenn man überhaupt Haustiere halten will, dann ist es vom ethischen Standpunkt aus entscheidend, dass man sich erstens sicher ist, dass man der Aufgabe so gewachsen ist, dass das Tier nicht leiden muss. Und zweitens, dass man keine extra dafür gezüchteten Tiere kauft, solange es in Tierheimen heimatlose Tiere gibt. Denn diese fristen oft aus – verständlichem – Zeitmangel des Personals ein trauriges Leben.

Renato Werndli, Eichberg SG

So einfach war es noch nie, Tiere zu besitzen. Und es interessiert doch viele Menschen nicht, wie wohl es Katzen, Hunde oder anderen Kleintieren bei den Besitzern ist; also schaut man einfach nicht hin. Jeder sieht doch, ob die Katze oder der Hund des Nachbarn Auslauf hat, soziale Kontakte mit Menschen unterhalten darf oder isoliert im Dreck leben muss. Vielfach fühlen sich Freunde und Nachbarn nicht verantwortlich für die Tiere anderer Leute. Wie viele Bauern versorgen ihre Kühe nur sporadisch, und wie viele Pferde werden vernachlässigt? In Deutschland gibt es ambulante Tierärzte, die Tiere gratis verarzten für Leute, die finanzielle Schwierigkeiten haben. Wo gibt es das in der Schweiz? Es kann doch jedem passieren, dass seine finanzielle Situation katastrophal wird. Dafür braucht's mehr Solidarität, auch von unseren Tierärzten. Natürlich sollten sich alle Menschen gut überlegen, ob ein Tier in ihrem Haushalt glücklich werden kann, aber es sollte auch mehr Unterstützung geben für Tierhalter.

Susanna Geser, Biel

Männer, erhebt eure Stimme und wehrt euch!
Gefährliche Männer in Echtzeit überwachen
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Zu pauschal wird im Artikel festgehalten, dass die diversen Tötun-

gen meist aus Eifersucht geschehen sind. Gerade in diesem Lebensbereich, erst recht wenn noch minderjährige Kinder von Trennung und Scheidung betroffen sind, ist eine Pauschalisierung völlig unzulässig. Jeder Fall ist individuell, und somit sind Ideen wie «Präventionshaft» schlicht untauglich. Als Frau erlebe ich in unmittelbarster Nähe, was es für einen Mann und Vater heisst, fortan von seiner Ex-Partnerin mit Vorwürfen und zurechtgebogenen «Wahrheiten» schikaniert zu werden. Diese subtile Art von Fertigmachen, gepaart mit dem Miss-

brauch der vermeintlichen Macht in Bezug auf die Kinderobhut, sollte in unserer Gesellschaft gleichermaßen als psychische Gewalt anerkannt und verurteilt werden wie die physische Gewalt. Ebenso gilt es für die Behörden, namentlich die Kesb, den gesellschaftlichen Wandel in der Praxis zu vollziehen, indem unvoreingenommen auch einem Vater dieselbe Kompetenz für die Kinderbetreuung einzuräumen ist wie der Mutter, sofern dieser bereit, fähig und in der Lage dazu ist und die Beziehung zu den Kindern gleichermassen vorhanden ist. Es ist nicht zu verstehen, weshalb heute der Vater immer noch den Beweis dafür zu erbringen hat und sich das Obhutsrecht erkämpfen muss, währenddessen der Mutter dieses unbesesehen zugestanden wird. Dass die jungen Väter heutzutage dieselbe Befähigung dazu haben, resultiert aus den jahrelangen Bemühungen der Frauen um Gleichberechtigung – auch in der Familie. Folglich gilt es, diese konsequent bis zum Schluss wahrzunehmen und einzuhalten. Dass hier noch ein breiter Missstand besteht, wurde mir im Rahmen eines kurzen Austauschs mit der Interessengemeinschaft für Männer bestätigt. Also: Männer, erhebt eure Stimme und wehrt euch! Das ist der wirksamste Weg, um Gewalttaten zu verhindern, was übrigens auch Frauen einleuchten sollte.

Feriel Weisskopf-Andres,
Oltingen BL

Ihr unterbeschäftigten Politiker, schlaft ruhig weiter
Asylanten verbringen Ferien in Syrien
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Im gegenwärtigen Wahlkampf ist auch die starke Zuwanderung in die Schweiz in den letzten Jahren ein Thema. Über die Auswirkungen dieser Zuwanderung auf Bodenverschleiss, Verkehrsüberlastung etc. lässt sich – je nach Parteilinie – trefflich streiten. Nicht streiten hingegen lässt sich über die Auswirkungen dieser Zuwanderung auf das schweizerische

Schulwesen. In der Ausgabe der SonntagsZeitung vom 18. August wurde sehr detailliert über die Probleme informiert, die sich stellen, wenn bei der Einschulung immer mehr Kinder keine oder sehr schlechte Deutschkenntnisse haben. Die Gefahr ist gross, dass das Niveau der Volksschule unter diesen Umständen immer weiter sinkt. Es drohen Zustände wie zum Beispiel in den USA: Weil das Niveau der Volksschule sinkt, schicken gut situierte Eltern ihre Kinder in die Privatschule. Über diesen Aspekt der Zuwanderung schweigen die Befürworter der freien Zuwanderung in allen vier Landessprachen. Schlicht unglaublich ist die Tatsache, dass Exponenten aus diesem Lager ihre Kinder in Privatschulen schicken! Mehr Widersprüchlichkeit – besser: Verlogenheit – geht nicht.

Kurt Bigler, Heimberg BE

Die Schweiz ist ein Schlaraffenland. Nicht für die einheimische, arbeitende Bevölkerung, die immer mehr Steuern und Abgaben zahlt und nun wohl auch noch durch eine überflüssige Klimaabgabe geknechtet wird; aber für die grosse Zahl der Asylanten und die noch grössere Zahl von Scheinasylanten, die sich in unserem Land tummeln. Bisher zeichnete sich dieser Personenkreis vor allem durch einen exorbitanten Sozialgeldbezug und gelegentliche Vergnügungsreisen in ihre Heimatländer aus, neu werden besonders dreiste Exponenten, wenn sie genügend lang die Behörden täuschen konnten, offenbar auch noch mit dem Bürgerrecht belohnt.

Rolf Hug, Aadorf TG

Der letzte Satz «Bald wird der reiselustige Kurde am Ziel sein: wenn ihm die Stadt Genf das Bürgerrecht verleiht» bringt mich ins Staunen und steigert sich in Rage. Ist es wirklich der Fall, dass der Artikelverfasser oder der Verlag Beweisunterlagen nicht an die Schweizer Behörden/Stadtverwaltung Genf weiterleitet oder -leiten darf und Klage erheben wird – und so Jindar D. unbehelligt davon kommen soll? Es kann doch nicht sein, dass

solche bekannten Gauner noch einbürgert und weiter mit Sozialwohnungen und Gelder unterhalten werden?

Madeleine Küng,
Untersiggenthal AG

Ihr unterbeschäftigten Politiker, schlaft ruhig weiter, die Asylanten finden ihren Weg ins gelobte Heimatland auch ohne Euren Segen. Die vom Toleranzwahn und der Gutmenschen-Attitüde befällenen linken Politiker besorgten die Mittel – unsere Steuergelder –, damit die scheinbar verfolgten Menschen aus den Kriegsgebieten gehegt und gepflegt, in grosszügiger Umgebung in unserem Land untergebracht werden. Aber da sind ja noch Verwandte im sogenannt unbewohnbaren Kriegsland zurückgeblieben, und die müssten nach so langer Zeit doch auch mal wieder besucht werden. Im Asylvertrag steht es zwar nicht explizit drin, aber der Ferienanspruch ist laut SP ein Menschenrecht. Die bürgerlichen Politiker sind jetzt in der Pflicht, dass Gesetze geschaffen werden, womit solche «Plauschreisen» rigoros unterbunden und Gesetzesbrecher für immer des Landes verwiesen werden können.

Mario Stutz, Rickenbach TG

Korrigendum

«Asylanten verbringen Ferien in Syrien»
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

In einer Bildlegende im Artikel «Asylanten verbringen Ferien in Syrien» (SoZ vom 1. September 2019) hiess es fälschlicherweise, dass das Foto des Syers Jindar D.* aus Syrien stamme. Tatsächlich wurde das Bild aber in Carouge bei Genf aufgenommen. Für dieses Versehen bitten wir um Entschuldigung. An der Tatsache, dass Jindar D. nach Syrien zurückgereist ist, ändert das aber nichts. Der SonntagsZeitung liegen mehrere Fotos vor, die ihn zweifellos im Kreis von Verwandten in Nordosyrien zeigen, zum Teil sogar mit genauer Ortsangabe.

* Name geändert

Unglaublich, was in unserem Asylwesen abgeht. Flüchtlinge, die angeblich an Leib und Leben in ihrem Heimatland bedroht sind, machen in dem Land Ferien, in dem sie gefährdet sind? Die ehemalige Justizministerin Simonetta Sommaruga hat einen grossen Anteil an diesem Dilemma. Denn sie billigte all diese Machenschaften, sodass Flüchtlinge nicht nur Ferien in ihren Heimatländern machen konnten, sondern auch noch für gewisse Geheimdienste Spitzeldienste verrichteten. Und dies alles auf Kosten der Steuerzahler. Ich hoffe nun, dass die neue Justizministerin Karin Keller-Sutter hier die entsprechenden Massnahmen einleiten wird. Denn so kann es nicht weitergehen.

Hansjörg Dill, Aesch BL

Brustschwimmen erst ganz am Schluss gelernt
Schwimmunterricht im Lastwagen
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Zunächst möchte ich festhalten, dass ich den schulischen Schwimmunterricht für unabdingbar halte. Jedes Kind sollte spätestens am Ende der Primarschulzeit sicher schwimmen können. Meine Kinder haben während ihrer Primarschulzeit privaten Schwimmunterricht bekommen: Die Schwimmschule umfasst sieben Grundlagen-Schwimmtests. Bei einer Lektion pro Woche braucht jeder dieser Tests mindestens ein halbes Jahr Vorbereitungszeit. Und erst nach dem siebten Grundlagentest beherrschen die Kinder die Technik des (sportlichen) Brustschwimmens. Weil bei den Grundlagen-tests vor allem die für den Schwimmsport wichtigen Techniken erlernt werden, habe ich meinen Kindern das Brustschwimmen mit dem Kopf über dem Wasser, das man zum Schwimmen (bzw. Überleben) im See etc. braucht, dann später selbst noch beigebracht. Im Schwimmunterricht der Primarschule wurde dann, trotz relativ kleiner Lektionenzahl, an genau den gleichen, umfangreichen

Fortsetzung — 25

Foto: Pascal Mora

«Jeder sieht doch, ob die Katze oder der Hund vom Nachbarn Auslauf hat, soziale Kontakte mit Menschen unterhalten darf oder isoliert im Dreck leben muss»

Susanna Geser, Biel



Impressum

www.sonntagszeitung.ch
Herausgeberin: Tamedia AG, Zürich
Verleger: Pietro Supino

Redaktion
Chefredaktor: Arthur Rutishauser
Mitglied der Chefredaktion: Armin Müller
Redaktionsleitung: Andreas Kunz, Thomas Speich
Leitung der Tamedia Editorial Services: Viviane Joyce

Publishing Services: Dominic Geisseler (Leitung)
Nachrichten/Fokus: Andreas Kunz, Thomas Speich (Co-Leitung)
Recherche-Desk (SonntagsZeitung, Le Matin Dimanche): Thomas Knellwolf, Oliver Zihlmann (Co-Leitung)
Bundeshaus: Denis von Burg (Leitung)
Wirtschaft: Peter Burkhardt (Leitung)
Gesellschaft: Bettina Weber (Leitung)
Wissen: Nik Walter (Leitung)
Kultur: Guido Kalberer (Leitung)
Services: Giuseppe Wüest (Leitung), Christoph Ammann (Leitung Reisen), Dieter Liechti (Auto)
Produktion: Raphael Diethelm (Leitung)
Layout: Andrea Müller (Leitung Layout TES), Tobias Gaberthuel (Stv. Leitung, AD SonntagsZeitung)
Infografik: Jürg Candrian
Fotoredaktion: Olaf Hille (Leitung)
Korrektur: Rita Frommenwiler (Leitung)
Sportredaktion: Ueli Kägi (Sportchef)
Redaktion: 044 248 40 40

Verlag
SonntagsZeitung, Verlag, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 41 11, Fax 044 248 42 72,

verlag@sonntagszeitung.ch
Leitung Verlag: Marcel Tappeiner
Tamedia Advertising: Philipp Mankowski (Chief Sales Officer), Adriano Valeri (Head of Advertising)
Anzeigen: SonntagsZeitung, Anzeigenadministration, Werdstr. 21, 8021 Zürich
Telefon 044 248 40 11, Fax 044 248 42 52, anzeigen@sonntagszeitung.ch
Abo-Service
Tamedia AG, Abo-Service
SonntagsZeitung, Postfach, 8021 Zürich
Telefon 044 404 64 40, Fax 044 404 69 06, abo-service@sonntagszeitung.ch (Mo–Fr 8.00–12.00 und 13.15–17.00)
Abonnemente: Einzelnummer Fr. 5.– 1 Jahr Fr. 224.– (52 Ausgaben)
Weitere Abo-Angebote auf abo.sonntagszeitung.ch
Digital 1 Jahr Fr. 120.– (52 Ausgaben)
Technische Herstellung DZZ Druckzentrum, Zürich AG
Ombudsmann der Tamedia Ignaz Staub, Postfach 837, CH-6330 Cham 1, ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

Neben den klassischen Formen von Werbung erscheinen in den Medien von Tamedia zwei Formen von Inhaltswerbung:
Paid Post: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsform hebt sich vom Layout des Trägertitels ab. Diese Werbemittel sind mit «Paid Post» gekennzeichnet.
Sponsored: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in einer Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Dieses so genannte Native Advertising ist mit dem Layout des Trägertitels identisch und wird mit «Sponsored» gekennzeichnet.

Beide Werbformen werden vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen. Weitere Sonderwerbeformen oder Formen der Zusammenarbeit mit Kunden, etwa im Bereich Reisen oder Auto, werden gesondert ausgewiesen.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia AG i.S.v. Art. 322 StGB: Actua Immobilien SA, Adagent AG, autoricardo AG, 20 minuti Ticino SA, Adextra AG, Basler Zeitung AG, Berner Oberland Medien AG BOM, BOOK A TIGER Switzerland AG, CIL Centre d'Impression Lausanne SA, DJ Digitale Medien GmbH, Doodle AG, Doodle Deutschland GmbH, dreifive AG, Konstanz, dreifive GmbH, Wien, dreifive (Switzerland) AG, DZB Druckzentrum Bern AG, DZZ Druckzentrum Zürich AG, Edita S.A., Goldbach Audience Austria GmbH, Goldbach Audience (Switzerland) AG, Goldbach Austria GmbH, Goldbach Digital Services AG, Goldbach DooH (Germany) GmbH, Goldbach Group AG, Goldbach Management AG, Goldbach Media Austria GmbH, Goldbach Media (Switzerland) AG, Goldbach SmartTV GmbH, Goldbach Video GmbH, Homegate AG, ImmoStreet.ch S.A., Jaduda GmbH, JobCloud AG, Jobsuchmaschine GmbH, JointVision E-Services GmbH, LC Lausanne-cités S.A., Meehan Solutions Ltd., MetroXpress Denmark A/S, Neo Advertising AG, Olmero AG, ricardo.ch AG, ricardo France Sàrl, Schaar Thun AG, Société de Publications Nouvelles SPN SA, Starticket AG, swiss radioworld AG, Tamedia Espace AG, Tamedia Publications romandes SA, Trendsales APS, Verlag Finanz und Wirtschaft AG, Zürcher Oberland Medien AG, Zürcher Regionalzeitungen AG

Eine Marke von Tamedia

Fortsetzung

Schwimmtests, mit den Kindern gearbeitet wie im sportlich orientierten Schwimmverein. Was bedeutet, die Kinder erlernten in der Primarschule das für den Alltag wichtige Brustschwimmen ebenfalls erst ganz zum Schluss; oder eben, weil die Zeit am Ende der Primarschule knapp wurde, nur noch halbwegs bzw. überhaupt nicht mehr. Resultat: Ohne Schwimmbeckenrand und Schwimmhilfe, im See mit Wellen, können sich am Ende der Primarschulzeit diejenigen Kinder, die nur den Primarschul-Schwimmunterricht besucht haben, kaum über Wasser halten, denn sie können keine effektiven (Brust-)Schwimmbewegungen mit dem Kopf über Wasser ausführen und sind nicht in der Lage, zielgerichtet eine gewisse Strecke (zum Beispiel zum Ufer hin) zu schwimmen. Bevor jetzt nach mehr Steuergeldern für den Schwimmunterricht gerufen wird, müsste zuerst der Aufbau des Schwimmunterrichts und vor allem dessen praktische Durchführung auf der Primarschulstufe überprüft werden, finde ich. Der Fokus des Schwimmunterrichts in der Primarschule muss auch in der Praxis ganz klar von Anfang an auf dem Erlernen derjenigen Schwimmtechniken liegen, die das sichere Schwimmen bzw. das Überleben im Wasser ermöglichen. Dann müsste die vorhandene Lektionenzahl eigentlich ausreichen, um allen Kindern im Laufe der Primarschulzeit das Schwimmen – und noch dazu die wichtigsten Schwimmregeln – beizubringen.
Beatrice Lustenberger, Kriens LU

Brandstifter und Politiker zur Verantwortung ziehen
«Wir wollen die Abholzung am Amazonas verhindern»
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Die Abholzung wird kaum über Handelsabkommen (wie zum Beispiel Mercosur) geregelt werden können. Etliche der Brände sind von Grossgrundbesitzern gelegt worden. Sie werden von einem Freihandelsabkommen am meisten profitieren. Die ärmeren Bauern haben in der Regel nicht die Mittel, die gerodeten Flächen von Grund auf zu bewirtschaften. Die Frage ist, wie eine Zerstörung der Wälder und Tiere in solchem Masse geahndet wird: Wieso werden die Rechte zur Erhaltung der Natur und deren Spezies nicht äquivalent eines Genozids an Menschen gehandhabt? Brandstifter, illegale Abholzung und Politiker könnten so zur Verantwortung gezogen werden. Schliesslich geht es hier um mehr, denn wenn wir die Natur schützen, erhalten wir auch den Kreislauf, der unser Leben und die Leben der nächsten Generationen beeinflussen wird.
Roberto Fumagalli, Eschenbach SG

Keine Rücksichten auf die verbreitete Volksmeinung
So lernt man besser büffeln
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Interessant, die Palette von Aspekten zum besseren Lernen! Besonders wertvoll an diesem Text ist, dass er keine Rücksichten nimmt auf das, was bisher als verbreitete Volksmeinung galt. Und dass er aber auch nicht einfach akzeptiert,

was von «oben» als richtig verkauft wird. Konkret meine ich da z.B. den Abschnitt über das «Schreiben nach Gehör». Tatsächlich ist dies die «grösste Bildungskatastrophe der letzten Jahre». Bis zur 3. Klasse sollen die Rechtschreibregeln nicht «eingefordert» werden, wie es so schön im neuen Lehrplan steht. Die Kinder dürfen fröhlich schreiben, wie sie wollen, und mit der Zeit prägen sie sich logischerweise in zwei Jahren viel Falsches ein. Aber dann, im dritten Schuljahr, müssen plötzlich die Regeln respektiert werden – eine unmögliche Vorgabe.
Hans-Peter Köhli, Zürich

Etwas mehr Fingerspitzengefühl
Inflation der Entrüstung
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Herr Somm, den ich für seinen Scharfsinn ansonsten bewundere, hat nicht Unrecht, wenn er sagt, dass Boris Johnson nichts Illegales tut, wenn er das Parlament in die Ferien schickt. Nur sollte er in einem solchen Moment etwas mehr Fingerspitzengefühl an den Tag legen, denn es ist nicht abzustreiten, dass er damit das Parla-

ment in Bezug zum Brexit entmachtet. Ja, das Volk hat dem Brexit zugestimmt, doch mit äusserst knapp über 50 Prozent und unter bewusst falschen Tatsachen/Zahlen seitens der Brexiteers. Im Prinzip müsste die Abstimmung unter korrekten Voraussetzungen wiederholt werden, denn erst jetzt zeigt sich, welche Zukunft ein Brexit für UK haben wird.
Charles Sobol, Basel

Linguistisch gesehen ein Blödsinn
Eine Debatte, die eigentlich überflüssig sein sollte
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Es erstaunt mich, dass Sie nicht kennen, dass die sogenannte gendergerechte Sprache linguistisch gesehen ein Blödsinn ist und bleibt. Auch wenn sie leider in letzter Zeit von Behörden, Firmen, Journalisten und anderen Gruppierungen zunehmend angewandt wird, macht es die Wiederholung des Falschen nicht nictiger.
Stefan Scheiwiler, St. Gallen

Ihr Beitrag über die Verwendung der männlichen und der weiblichen Form in Texten ist interessant

und sehr angebracht. Ich stimme der Aussage über die ausschliessliche Verwendung der männlichen Form voll und ganz zu.
Bruno Schiegg, Täuffelen BE

Solche Artikel sind unehrlich und heuchlerisch
Plötzlich ist der Tod zurück
SonntagsZeitung vom 1.9.2019

Der tödliche Unfall des Formel-2-Piloten erschüttert die Welt des Motorsports, welch Ironie! Da darf man doch grundsätzlich einmal die Frage stellen: Warum gibt es diesen sehr gefährlichen Motorsport überhaupt? Einerseits sprechen wir heute ja von fast nichts anderem als von Klimaschutz, andererseits wird seit ungefähr hundert Jahren mit diesen Rennen sinnlos die Luft verpestet, wobei die vielen Zuschauer ja auch nicht mit Velos an diese Veranstaltungen kommen. Ist dieser «Hormonschub» wirklich nötig? Das Argument, man ziehe aus dem Motorrennsport Erkenntnisse für die normale Autoindustrie, ist ziemlich obsolet.
Hanspeter Schmutz, Basel

Solche Artikel sind unehrlich und heuchlerisch. Jeder Pilot, der rennmässig in ein Fahrzeug steigt, weiss, dass er darin sterben kann. Auch wenn die Unfälle seltener geworden sind, ist das Unfall- und Todesrisiko Teil des Spektakels, an dem sich Zuschauer ergötzen und worüber die Presse erhitzt berichtet.
Tobias Schait, Uetikon ZH

«Die Motorsportwelt steht unter Schock», «Das Schicksal ist brutal», «absolut schockiert». Wirklich?

Welch Scheinheiligkeit. Die von den Medien zelebrierte Tempo- und Rekordgeilheit muss ja früher oder später ihre Opfer finden. Das Schicksal zeigt seine wahrhaftige Brutalität, wenn ein SBB-Angestellter zu Tode geschleift wird, eine Mutter von ihrem Ex-Mann exekutiert wird oder ein 7-jähriger Junge den Kampf gegen den Krebs verliert. Alles News der letzten Wochen. Schlagzeilen über tote Rennfahrer, Basejumper oder Raubtierdompteure erscheinen da doch recht heuchlerisch.
Joe Laucke, Horgen ZH

Schreiben Sie uns

Leserbriefe werden nur mit vollständiger Absenderadresse (auch via E-Mail) akzeptiert. Bitte an folgende Adressen: SonntagsZeitung, Lesersseite, Postfach, 8021 Zürich (Fax 044 248 47 48) oder leserseite@sonntagszeitung.ch. Aus Platzgründen erlauben wir uns, eingehende Leserbriefe online zu veröffentlichen. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz darüber wird keine geführt. Redaktionsschluss ist jeweils am Mittwoch, 12 Uhr. Leserbriefe müssen sich auf Artikel beziehen. Folgen Sie uns:

  
facebook.com/sonntagszeitung
instagram.com/sonntagszeitung.ch
twitter.com/sonntagszeitung

Anzeige

Sie delegieren, was Sie können? Wird schon erledigt.

SALT BUSINESS

PERSÖNLICHER BERATER FÜR MOBILELÖSUNGEN

Kostenlos unter 0800 700 600 anrufen



salt.ch/business

Salt. Business